
Aussprache

Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet statt...

allerdings nicht die, welche *Wilhelm Heitmeier* in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* 10/92 (S. 620 - 633) vorschwebt, wenn er ein wenig provokant das Gegenteil konstatiert.

Heitmeyers Analyse der Auswirkungen von Schattenseiten der Moderne auf Orientierungen und Handlungsweisen

Jugendlicher sind durch seine Langzeitstudien belegt. Ob sie in der von ihm behaupteten Radikalität zutreffen, sei dahingestellt. Zumindest liefern sie wesentliche Anhaltspunkte, um die Hinwendung Jugendlicher, die keine traditionelle Bindung an rechtsextremes oder nazistisches Milieu aufweisen, zu einer Ideologie der Ungleichheit und der Akzeptanz von Gewalt verstehen zu können.

Der DGB hat seine Analysen in einer hohen Auflage als Unterrichtsmaterial für Schulen und gewerkschaftliche Ju-

gendbildungsarbeit herausgebracht und eine Veröffentlichung biographischer Schilderungen des Weges Jugendlicher in das rechtsextreme Lager im Bund-Verlag gefördert.

Das sollte zumindest ein Anhaltspunkt dafür sein, daß in der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit die Thematisierung der Programme rechtsextremer Parteien und der Persönlichkeitsbilder ihrer Vorsitzenden nicht mehr als wirksame Politik gegen rechts angesehen wird. Die Materialien zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Bildungskonzepte z. B. des DGB liefern vielmehr Hilfestellungen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen, Orientierungen und Handlungsweisen.

Wer die differenzierten Stellungnahmen von Gewerkschaftern in der Untersuchung von Richard Stöss „Die Republikaner“ liest, muß feststellen, daß das von Heitmeyer den Gewerkschaften unterstellte Handlungsmuster in den Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus eine Karikatur ist, die nicht der Wirklichkeit entspricht. „Aktionsformen gegen Rechtsextremismus müssen dem Ziel dienen, diejenigen zu gewinnen, die keine Neonazis sind und nach Ventilen für ihren Protest suchen. Überreaktionen bergen die Gefahr, dem Rechtsextremismus Sympathisanten zuzutreiben und ihre Feindbilder zu bestätigen,“ — so der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV in seiner „Lübecker Erklärung“ vom 9. Juni 1989.

Von Ausgrenzung und Repression, um eine Politik gegen den Rechtsextremismus zu umgehen, ist - von Minderheiten abgesehen - keine Rede. Allerdings muß auch eine administrative Antwort gefunden werden: Wenn sich Gewerkschaftsmitglieder rechtsextrem betätigen, wenn sie durch Fremdenfeindlichkeit das Ansehen der Gewerkschaften schädigen und die Zusammenarbeit im Betrieb stören, wird eine Organisation Grenzen ziehen müssen.

Politisch organisierte Rechtsextreme und rechtsextreme Parteien verstehen im

Konfliktfall die Sprache der Macht. Auch dies darf nicht vergessen werden.

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen und Handlungsweisen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Mitgliedern wie Nichtmitgliedern der Gewerkschaften, setzt auf Aufklärung, Bildung, die Vermittlung von Werten, auf praktisches Handeln und vor allem Zivilcourage. Wertorientiertes Handeln und Zivilcourage sind keine Selbstverständlichkeit — dort sieht Heitmeyer zu Recht Barrieren in der Arbeitswelt.

Entfremdungsprozesse aufgrund von Strukturen und Gestaltung der Arbeitswelt sind Probleme, mit denen sich gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertreter seit Jahrzehnten auseinandersetzen. In den siebziger und achtziger Jahren haben die Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt einen wachsenden Stellenwert in den gewerkschaftlichen Diskursen erhalten. Auch die Arbeitszeitpolitik wurde vom DGB und den Gewerkschaften unter arbeitspolitischen wie kulturellen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen entwickelt. „Samstag gehört Vati mir“ und „Mehr Zeit zum Leben“ waren bekannte Forderungen. Die Arbeitszeitpolitik (wie auch die Humanisierungspolitik) muß weiterentwickelt werden, aber nicht vorrangig, um arbeitsweltliche Ursachen des Rechtsextremismus zu beseitigen, sondern weil ihre Ziele zur Verwirklichung der Menschenwürde sinnvoll sind.

Wenn Heitmeyer Schattenseiten der Modernisierungsprozesse in der Arbeitswelt beklagt, dann sollte er hinzufügen, welche Handlungsgrenzen der gewerkschaftlichen Politik gesetzt sind. Seiner Forderung, gewerkschaftliche Arbeits- und Betriebspolitik nicht rein utilitaristisch und funktionalistisch zu betreiben, ist zuzustimmen. Gewerkschaften nur als soziale Dienstleistung, als Automobilclub der Arbeitswelt zu definieren, verkürzt ihre Schutz- und Gestaltungsaufgaben.

Heitmeyer hätte in Rechnung stellen sollen, daß gewerkschaftliche Politik sich

immer auf dem schmalen Grad zwischen Konflikt und Kompromiß, Teilhaben an Regulierung und Entfaltung von eigenständigen, gegenläufigen Machtpotentialen bewegt. Der Begriff der Sozialpartnerschaft beschreibt dieses Politikverständnis nur sehr unzureichend, insofern läuft auch Heitmeyers Kritik ins Leere.

Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus, die arbeitsweltliche Ursachen rechtsextremer Einstellungen beseitigen könnte, muß sich heute vorrangig mit der Bewältigung der Einwanderung auseinandersetzen. Heitmeyer ist zuzustimmen, wenn er auf den Zeitfaktor verweist, der eine allmähliche Anpassung der Bevölkerung an Einwanderungsströme verhindert und ursächlich für Ängste und Abwehr ist. Darum hat der DGB die Zuzugssperre für ausländische Arbeitnehmer, die in den siebziger Jahren eine deutliche Verlangsamung der Einwanderung bewirkte, unterstützt und drängt auch heute auf eine Regulierung unter arbeitsmarkt-, wohnungs- und sozialpolitischen Kriterien, die mit einer Beseitigung der größten Mängel in diesen Feldern einhergehen muß.

Der DGB und die Gewerkschaften haben die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung ausländischer Arbeitnehmer durchgesetzt. Sie tragen durch intensive Betreuungsarbeit zur Integration bei. Daß damit soziale und kulturelle Konflikte nicht aufgehoben sind, hat seine Ursache auch darin, daß ausländische Arbeitnehmer von deutschen Arbeitnehmern als neue Unterschicht wahrgenommen werden. Mehr Gleichstellung und

Anerkennung der ausländischen mit und bei den deutschen Kolleginnen und Kollegen bleibt eine dringende Aufgabe.

Heitmeyers soziostrukturelle Analyse weist auf die Integrationsfunktion der Arbeit für die moderne Demokratie hin. Zweifellos muß sich der demokratische Gehalt einer Gesellschaft in Krisenzeiten bewähren. Aber nicht die Arbeit, sondern die ethische Haltung des einzelnen, seine Position zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, zu Fragen der sozialen Einheit in Deutschland, sein Handeln für eine und in einer demokratische(n) Kultur entscheiden, ob in Krisenzeiten ein Ruck nach rechts durch die Gesellschaft geht. Das Eintreten von Hunderttausenden in den letzten Monaten, die gemeinsamen Aktivitäten von Unternehmern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Betrieben, die tragende Rolle des DGB und der Gewerkschaften, verweisen auf die Stärke dieses „subjektiven“ Faktors. Diese Bewegung für Menschenrechte und Toleranz war kein Ritual, sondern entstand an den rituellen Antifa-Aktivitäten vorbei.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, an Schulen, in der Öffentlichkeit macht Sorge. Heitmeyers Verdienst, auf Ursachen dieser Gewaltbereitschaft in den Biographien Jugendlicher verwiesen zu haben, ist nicht zu schmälern - aber seine politischen Annahmen und Schlußfolgerungen bleiben Konstrukte, die weder wissenschaftlich noch politisch begründbar sein dürften.

Wolfgang Uellenberg-v an Dawen,
Düsseldorf